

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den
Österreichischen Universitäten

Projekt Internationale Entwicklung /

Zentrum für überfakultäre Forschung der Universität Wien

Redaktion:

Gerald Faschingeder, Karin Fischer (verantwortl.),

Margit Franz, Ingeborg Grau, Irmi Hanak,

Franz Kolland, René Kuppe, Brita Neuhold,

Andreas Novy, Herwig Palme,

Christof Pamreiter, Petra Purkarthofer,

Kunibert Raffer, Andreas Schedler,

Walter Schicho, Anselm Skuhra

Board of Editors:

John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig),

Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda),

Peter Jankowitsch (Paris), Friedrich Katz (Chicago),

Helmut Konrad (Graz), C. T. Kurien (Madras),

Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur),

Dieter Rothermund (Heidelberg),

Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston),

Oswaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Brandes & Apsel / Südwind

Auf Wunsch informieren wir regelmäßig über das Verlagsprogramm sowie die Beiträge dieser Zeitschrift. Eine Postkarte an den Brandes & Apsel Verlag, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M. genügt. Oder per e-mail: **Brandes-Apsel@t-online.de** genügt. Nähere Informationen über bisher erschienene Hefte (Schwerpunkte, Beiträge etc.) erhalten Sie auch direkt unter folgender Internet-Adresse: <http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/jep>

Gefördert aus öffentlichen Mitteln  Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

ISSN 0258-2384, ISBN 3-86099-631-2, Erscheinungsweise: vierteljährlich, Heft 3/2002; XVIII. Jg.
Preis Einzelheft: € 9,90/ sFr 18,30, Preis Jahresabonnement: € 39/ sFr 68,-
Abonnementsbezug für Deutschland, Schweiz u. a.:
Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M.
Abonnementsbezug nur für Österreich:
Südwind-Buchwelt Buchhandelsges. m. b. H., Baumgasse 79, A-1034 Wien
Redaktionsadresse:
Journal für Entwicklungspolitik, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien
E-mail: int-entwicklung@univie.ac.at

1. Auflage 2002

© by Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33,
D-60385 Frankfurt a. M.

Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion und des Verlages. Das gilt insbesondere für Nachdrucke, Bearbeitungen und Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in allen Arten von elektronischen und optischen Systemen, der öffentlichen Wiedergabe durch Hörfunk-, Fernsehendungen und Multimedia sowie der Bereithaltung in einer Online-Datenbank oder im Internet zur Nutzung durch Dritte. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien. Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die Autoren bzw. die Redaktion.

Umschlaggestaltung: Volker Plass, Wien
Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien/A-5026 Salzburg
Druck: Difo-Druck GmbH, Bamberg, Deutschland
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfrei gebleichtem Papier

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme:
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.

ISSN 0258-2384
ISBN 3-86099-631-2

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK, XVIII. Jg., Heft 3, 2002

Austrian Journal of Development Studies

Neoliberalism at work: Netzwerke, Wissensproduktion und neue Eliten in der Peripherie

Schwerpunktredeurin: Karin Fischer

Editorial 205

Artikel

Bernhard Walpen

Neoliberale Wissensproduktion in Taiwan

Eine erste Problemskizze 209

Karin Fischer

Neoliberale Transformation in Chile

Zur Rolle der ökonomischen und intellektuellen Eliten 225

Dieter Plehwe

Neoliberale Ideen aus der nationalen Peripherie ins Zentrum gerückt:

Der Fall Mexiko 249

Nora Sausmikat

Die Intellektuellen und der Staat:

Neue Diskursstrategien zu Demokratisierung und politischer Reform in der Volksrepublik China 265

Issa G. Shivji

From Liberation to Liberalization

Intellectual discourses at the University of Dar es Salaam, Tanzania . 281

Rezensionen 295

Über Autoren und Autorinnen 301

Informationen für Autoren und Autorinnen 302

ihrer eher pluralismustheoretisch geleiteten Untersuchung werden die verschiedenen intellektuellen Strömungen weniger in den Zusammenhang von konkreter Interessensorganisation gestellt. Ihr Aufsatz bietet vielmehr interessante Einblicke in eine vielfältige Diskurslandschaft, in der eine spannungsreiche Auseinandersetzung über gesellschaftliche Zielvorstellungen und über künftig einzuschlagende Entwicklungsstrategien geführt wird.

Issa G. Shivji beleuchtet schließlich in seinem sehr persönlich gehaltenen Essay die „intellektuelle Transformation“ am Beispiel der Universität Dar es Salaam. Von dort sind in den 1960er Jahre wichtige Impulse für die antikolonialen Befreiungskämpfe und weltweiten Aufbruchbewegungen ausgegangen. Die Transformation der Wissensproduktion (*from liberation to liberalization*) beschreibt Shivji auf drei Ebenen. Auf der Ebene der Akteure verwandelten sich die politischen Intellektuellen in Berater und Konsulenten in Entwicklungsfragen; statt kritischer Gesellschaftsanalyse besteht ihre wissenschaftliche Tätigkeit in der Erstellung von Gutachten, die von westlichen Entwicklungspraktikern umgesetzt werden (oder auch nicht). Auf ideologischer Ebene dominiert der westlich geprägte Diskurs über Menschenrechte; auf institutioneller Ebene haben NGOs und ihr Konzept von „Anwaltschaft“ indigene Organisationsformen, die ihr Eintreten für soziale, politische und ökonomische Rechte als gesellschaftlichen Kampf sehen, abgelöst. Als einer, der nach wie vor und mit großem Engagement in beiden Sphären – als politischer Intellektueller und (NGO-)Aktivist – tätig ist, versteht Shivji seinen Beitrag als Plädoyer für eine Politisierung der Zivilgesellschaft.

Eine Transformation ohne Richtungswechsel ist aus der Redaktion des *Journal für Entwicklungspolitik* zu vermeiden. Franz Kolland, der vor fast 20 Jahren die Gründung des JEP initiierte und es seither in geschäftsführender und verantwortlicher Funktion betreute, beschränkt seine Tätigkeit fortan auf die eines „normalen“ Redaktionsmitglieds. Für sein mit viel Engagement und Zeitaufwand betriebenes Ehrenamt gilt ihm unser aller Dank.

Karin Fischer

Journal für Entwicklungspolitik XVIII/3, 2002, S. 209–224

Bernhard Walpen Neoliberale Wissensproduktion in Taiwan Eine erste Problemskizze

Der Beitrag widmet sich der Frage, wie neoliberale Hegemonie im gesellschaftlichen Diskurs produziert und stabilisiert wird. Die zunehmende Diskussion über die „Rolle der Ideen“ in Politik und Wissenschaft aufgreifend (vgl. Hall 1989), gilt mein Interesse vor allem dem organisatorischen und inhaltlichen Zusammenhang unabhängiger, aber vernetzter Wissenschaftler sowie den Produktionsbedingungen und Distributionsweisen marktdiskreter Ideen, wie sie in transnationalen Netzwerken wie der *Mont Pèlerin Society* (MPS) und den Think Tanks in ihrem Umfeld vorzufinden sind. Anhand der neoliberalen Diskursnetzwerke und ihrer materiellen Fundierung in zivilgesellschaftlichen Organisationen – wie Stiftungen, Think Tanks und Klubs – kann ein Bereich der (neoliberalen) Hegemonie paradigmatisch untersucht werden.

In den folgenden Ausführungen wird der Frage nachgegangen, wie es möglich wurde, dass sich der Neoliberalismus in den unterschiedlichsten Kontexten ab 1980 durchsetzen konnte. Die Darstellung erfolgt unter besonderer Berücksichtigung der Situation in Taiwan, wo mir im Mai 2000 die Möglichkeit eines Aufenthalts geboten wurde.¹

In ihrer Studie zu Mexiko hält Babb einleitend fest: „Given the diversity of national contexts, the recent trend toward neoliberal convergence seems surprising. After all, neoliberal transitions have occurred almost everywhere – irrespective of level of development (France vs. Mexico), regime type (England under Thatcher vs. Chile under Pinochet), or cultural context (India vs. Argentina). One possible explanation for such convergence is that policymakers in diverse national contexts have arrived at common technical solutions, based on a common set of problems: neoliberalism „works““. (Babb 2001: 2)

Mit der Krise des keynesianischen Nachkriegsmodells Anfang der 1970er Jahre erfolgte ein Suchprozess, der ökonomisch in den Übergang zu einer stärker finanzmarktgetriebenen Produktionsweise führte und der ein Jahrzehnt später mit der Wahl von Margaret Thatcher zur Premierministerin in Großbritannien, Ronald Reagan zum Präsidenten der USA und Helmut Kohl zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland neoliberale und neokonservative Kräfte in Regierungssämtern beförderte. Mit der Krise des Fordismus war auch ein Ansehensverlust der keynesianisch orientierten Wirtschaftswissenschaften verbunden. Deren Probleme, die Krise zu erklären, konnten die neoliberalen Ökonomen mit ihren unterschiedlichen Theorien nutzen. Insbesondere wurden die geld- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen des Monetarismus stark gemacht, die bald von einer technokratischen Intelligenz sowohl in zivilge-

sellschaftlichen Organisationen als auch in Regierungsgremien aufgegriffen wurden. Mit dem Ausbruch der internationalen Schuldenkrise Anfang der 1980er Jahre spielten vor allem an US-Universitäten ausgebildete Ökonomen eine wichtige Rolle bei der Implementierung neoliberaler Reformen in Ländern wie Kolumbien, Südkorea, Indonesien, Mexiko, Brasilien und Peru. Jüngere Beispiele umfassen Chile, Costa Rica, Vietnam, Pakistan und die Philippinen (Babb 2001: 19). Die „Transmission von Lernergebnissen“ (James 1997: 245) erstreckte sich auch auf die mitteleuropäischen Länder des ehemaligen Ostblocks, von wo einzelne Persönlichkeiten an nordamerikanische Universitäten rekrutiert wurden (vgl. ebd.: 246). In der kapitalistischen Restrukturierungsphase waren diese intellektuellen wichtige Verbindungsleute zur Etablierung marktradikaler wirtschaftspolitischer Expertisen und Instrumente.

Zur tatsächlichen Durchsetzung des Neoliberalismus haben vielfältige Faktoren beigetragen, insbesondere eine neue Produktionsweise (vgl. Haug 2001), die durch den Aufstieg eines hoch integrierten globalen Finanzmarktsystems und eines liberalen Freihandelsregimes, die Reorganisation bestehender Institutionen und nicht zuletzt das alltägliche politische Trial-and-Error-Verfahren (Babb 2001: 2–6) gekennzeichnet ist. Bei der nun folgenden Darstellung des Beispiels Taiwan soll diese Problemanordnung jedoch bescheiden angegangen werden und nur kontextbezogen einfließen. Wiewohl ich das Verständnis teile, dass es eine rein „interne“ Wissens- und Wissenschaftsgeschichte nicht geben kann (Heinrich 1999: 23–26), werde ich mich auf den Bereich der Wissensproduktion im engeren Sinne konzentrieren, auch deshalb, weil die Bedeutung transnationaler Elitenetzwerke und ihrer ideologischen Apparate für den Aufstieg des Neoliberalismus und dessen Verankerung in den unterschiedlichen Kontexten bislang einen wenig untersuchten Gegenstand darstellt. Dies trifft auch auf Taiwan und den gesamten asiatischen Raum zu, wo kritische Studien zum Neoliberalismus, die die Akteure der Zivilgesellschaft in den Blick nehmen, weitgehend fehlen. Nach wie vor bleiben sozialwissenschaftliche Analysen stark auf den Bereich der politischen und ökonomischen Akteure beschränkt.

In einem ersten Schritt werde ich auf die *Mont Pèlerin Gesellschaft* und deren intellektuelle Strategien eingehen (vgl. ausführlich Plehwe/Walpen 1998, 1999; Walpen 2002), um in einem zweiten Schritt das Wirken der MPS, einzelner intellektueller und neoliberaler Think Tanks in Taiwan zu untersuchen. Näher vorgestellt wird schließlich ein konkreter Think Tank, die *Chung-hua Institution for Economic Research* (CIER) in Taipei.

1. In den „Schützengräben“: Vom Keynesianismus zum Neoliberalismus

Antonio Gramsci beschäftigte sich in den *Gefängnisheften* mit der Frage, wie in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften Herrschafts- und Machtverhältnisse durchgesetzt und abgesichert werden. Vor allem stellte sich für ihn das

Problem, dass es innerhalb des damaligen marxistischen Diskurses eigentlich nicht erklärbar war, weshalb die Arbeiterklasse nicht ihre Interessen vertreten hat und der Faschismus in Italien die politische Macht erringen konnte. Entscheidend sei es, stellte er fest, dass eine siegreiche Klasse oder ein Klassenbündnis schon vor Machtantritt ideologisch und weltanschaulich vorherrschend sein müsse – und dieser Einfluss wird in der Zivilgesellschaft errungen. Anhand des Beispiels der Schützengräben im Ersten Weltkrieg erklärte Gramsci, wie staatliche Herrschaft in den westlichen Staaten ausgeübt wird: „Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft war in ihren Anfängen und gallertenhaft; im Westen bestand zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein richtiges Verhältnis, und beim Wanken des Staates gewährte man sogleich eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft. Der Staat war nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter welchem sich eine robuste Kette von Festungen und Kasematzen befand.“ (Gef, H. 7, § 16: 874)

Entscheidend für die Erringung der Macht ist folglich die Dominanz in den „Schützengräben“ der Zivilgesellschaft. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg befand sich der Liberalismus in der Krise und sah einer düsteren Zukunft entgegen. Spätestens ab 1945, als sich in den Metropolenländern die fordistische Regulationsweise durchsetzte, suchten die marktradikalen liberalen intellektuellen nach Strategien, um aus dieser für sie – zumindest – prätotalitären Gesellschaftsverfassung herauszukommen. Aufbauend auf erste Aktivitäten vor dem Weltkrieg gründeten sie im April 1947 die *Mont Pèlerin Society* (MPS), um ein langfristiges Projekt zu entwickeln, mit dem der „freie Markt“ und, für sie dann logischerweise, die „freie Gesellschaft“ durchgesetzt werden sollte. Die neoliberalen Denker waren sich bewusst, dass es sich dabei um einen Zeithorizont von zweis bis drei Generationen handeln würde. Auf Grund der Analyse der konkreten Verhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg war den meisten klar, dass es vor allem darum gehe, neues Wissen zu produzieren und zu verteilen. Dieses Wissen müsse vor allem im Bereich der Wissenschaften (insbesondere Ökonomie, Recht, Politikwissenschaft und Philosophie) erarbeitet werden; anschließend sei es notwendig, in die Politikberatung, die öffentliche Meinung und den „Alltagsverstand“ (Gramsci) einzudringen. Der direkte Weg in die Politik schien den meisten Vordenkern nicht nur nutzlos, er stellte auch eine Gefahr dar, weil unter den damaligen hegemonialen Verhältnissen marktradikale Kräfte selbst „keynesianisch“ werden konnten. Da die Neoliberalen, wie sie sich seit dem *Colloque Walter Lippmann*, das 1938 in Paris abgehalten wurde (vgl. Denord 2001; Walpen 2000), nannten, nur eine kleine Gruppe verstreuter Individuen bildeten, begannen sie, weltweit Gleichgesinnte zu sammeln.

Die gemeinsamen Prinzipien der Neoliberalen sind am konzipierten in der Gründungserklärung der MPS, dem *Statement of Aims*, dargelegt (vgl. Hartwell 1995: 41f., 49f.). Sie umfassen individuelle Freiheit, freies Unternehmertum, freier Markt, eine effektive Konkurrenzordnung, eine entsprechende gesetzliche und institutionelle Ordnung sowie eine Redefinition der Funktionen des Staates. Ausgehend von diesen Prinzipien, die so gegensätzliche Neoliberale wie Alex-

ander Rüstow und Ludwig von Mises teilten, wurden die jeweiligen inhaltlichen Bestimmungen entwickelt. Die neoliberalen Positionen reichen dabei von staatsfeindlichen Haltungen (in diesem Fall sind die Funktionen des Staates derart redefiniert, dass sie sich erübrigen) bis zu weitreichenden Staatsinterventionen (immer im Sinne der Absicherung des Marktes und dessen „optimalen“ Funktionalisierens). Damit wird deutlich, dass sich die genannten Neoliberalen auf *gemeinsame Prinzipien* geeinigt haben, in ihrer *pluralen Bewegung* aber unterschiedliche Strömungen und Positionen ihren Platz haben. Binnen kurzer Zeit wuchs die MPS zu einem internationalen Netzwerk heran: Schon 1951 war sie mit ihren 172 Mitgliedern auf allen fünf Kontinenten in 23 Ländern vertreten. Die in der MPS versammelten Vordenker begünstigten sich aber nicht mit einer Vernetzung neoliberaler Intellektueller, sondern nutzten resp. durchdrangen bestehende Organisationen (wie die 1943 in Irvington-on-Hudson/New York errichtete *Foundation for Economic Education*) und gründeten neue (wie das *Walter-Eucken-Institut* in Freiburg oder das *Institute of Economic Affairs* in London). Das Schwergewicht lag dabei vor allem auf Stiftungen und Think Tanks.²

Die neoliberalen Kräfte verfolgten unter den Bedingungen der keynesianischen Hegemonie eine „passive Revolution“ (Gramsci) und bewegten sich beinahe ausschließlich in der Zivilgesellschaft, wo sie begannen, Schützengräben für Schützengräben zu erobern. Mit der Krise des Fordismus konnten sie relativ schnell Terrain gewinnen. Nicht nur nahm die Mitgliederzahl der MPS innerhalb der Jahre 1973 bis 1983 um etwa 100 Mitglieder auf 439 zu. Weit imposanter ist die Gründung neuer Think Tanks im globalen Maßstab. Wurden in den 1960er Jahren fünf Think Tanks im direkten Umfeld der MPS gegründet, waren es in den darauf folgenden Jahrzehnten 18, 26 respektive 21.

Im Zusammenhang mit der rasanten Durchdringung der keynesianischen Kernländer und dem Ausgreifen auf die globale Ebene kam auch in Taiwan der Neoliberalismus auf. Seit dem Korea-Krieg 1950 bis 1965 zahlten die USA an Taiwan vier Milliarden Dollar im Rahmen von Wirtschafts- und Militärhilfe (das entsprach damals 30,5% der Regierungseinnahmen). Diese Gelder bildeten eine wichtige Grundlage des bekannten taiwanesischen „Wirtschaftswunders“ (Cohen 1988: 80). Taiwan konnte eine auf den Binnenmarkt orientierte Industrialisierung und agrokulturelle Entwicklung einleiten, die nicht zuletzt durch die US-amerikanischen Hilfgelder ermöglicht wurden. Ein erstes wirtschaftliches Ziel der damaligen Regierung bestand darin, die Wirtschaft zu stabilisieren und mit der Orientierung auf eine importsubstituierende Industrie die Grundbedürfnisse der Bevölkerung „aus eigener Kraft“ zu befriedigen (zu historischen und aktuellen wirtschaftspolitischen Entwicklungen vgl. Hwang 1991; Wade 1993; Fields 1995; Aspalter 2001).

Bereits in den 1950er Jahren wurde in Taiwan die Strategie einer nachholenden Industrialisierung auf der Basis von freiem Handel und freiem Markt konzeptualisiert. 1956 empfahl Shō-Chieh Tsang der taiwanesischen Regierung eine marktwirtschaftliche Exportstrategie. Eine Regierungsumbildung brachte 1958 den entschieden marktwirtschaftlich orientierten K.Y. Yin auf den

Chefposten der Devisen- und Handelskommission. K.Y. Yin „had been converted by S.C. Tsang to a belief that a market-oriented approach would be the most effective road to rapid industrialization, which soon led to a program of major trade liberalization accompanied by devaluation (indeed, an effective floating of the exchange rate)“ (Williamson 1999). Zusammen mit den beiden technokratisch orientierten und einflussreichen Regierungsexperten Kwōh-Ting Li und Yun-Suan Sun spielte Tsang eine wichtige Rolle bei der Errichtung der freien Industriezonen, die ausländisches Kapital und Wissen anziehen sollten (Williamson 1999). Die definitive Umstellung auf Exportproduktion wurde Anfang der 1960er Jahre vollzogen. Nachdem die USA 1965 die bilaterale Finanzhilfe an Taiwan eingestellt hatten, begann die Regierung Steuererleichterungen und andere wirtschaftliche Anreize einzuführen, was zu einer schnellen Zunahme von ausländischen Investitionen, vor allem aus den USA und Japan, führte (Cohen 1988).

Auch wenn K.Y. Yin direkten Einfluss in der Regierung Taiwans hatte, so bedeutete das (noch) nicht, dass seine radikalen wirtschaftspolitischen Empfehlungen umgesetzt wurden. Es gelang ihm aber, dass sich die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Industriepolitik zu ändern begann: Statt weiter auf die Schwerindustrie als Entwicklungspfad zu setzen, wurde damals die Leichtindustrie eingeführt. Dadurch konnten wichtige Erfolge erzielt werden, die auch zur Stärkung der taiwanesischen Wirtschaft beitrugen. Andere wirtschaftspolitische Vorschläge, wie die ökonomische Liberalisierung, wurden zwar von der Regierung früh angenommen, doch erst im Zusammenhang mit den Bemühungen um den Beitritt zur Welthandelsorganisation zielstrebig verfolgt (Yu/Lee 1995a: 5–8). Ohne Vollmitglied zu sein, unterzeichnete Taiwan bereits in den 1990er Jahren einzelne Abkommen mit der WTO; der Beitritt erfolgte dann bei der WTO-Ministerkonferenz in Doha, Katar, am 11. November 2001.

2. Die *Mont Pèlerin Society* in Taiwan

Der Aufstieg neoliberaler Kräfte in der taiwanesischen Gesellschaft setzte Mitte der 1960er Jahre ein. Neoliberale spielten im Bereich der Wirtschaftspolitik als (externe) Berater oder in der Regierung eine wichtige Rolle, vor allem zusammen mit den technokratischen Eliten, die stärker auf ein „Engineering“ des gesellschaftlichen orientiert waren. Ihr steigender gesellschaftlicher Einfluss drückte sich auch in der Mitgliederbasis der MPS aus, die im selben Zeitraum im Zuneimen begriffen war und deren Mitglieder ab den 1980er Jahren ein relativ großes Gewicht innerhalb der Vereinigung erlangt hatten. Der Vorsitzende des Ausschusses der *Land Bank of Taiwan*, Tseng Hsiao, und der Ökonom Chien Sheng Shih waren 1966 die ersten taiwanesischen Mitglieder, die in die MPS aufgenommen worden sind. Bald darauf folgte der bereits erwähnte Ökonom Shō-chieh Tsang. Die Mitgliederbasis der MPS wurde in Taiwan vor allem ab Mitte der 1980er Jahre ausgeweitet; sie stieg 1990 auf immerhin zehn Mitglieder.

Tsiang gilt als der führende und einflussreichste neoliberale Intellektuelle Taiwans (Yu/Lee 1995a). Er schrieb seine Dissertation bei Friedrich August von Hayek (der selbst mehrmals in Taiwan zu Gast war, vgl. China Post, 10.11.1975) an der London School of Economics und wirkte bis zu seinem Tod im Jahr 1993 als „an eloquent defender of liberalism“ (Hsing 1995: 59). Tsiangs theoretische Interessen galten Fragen der Makroökonomie, der Geldpolitik, der internationalen und der Entwicklungsökonomie. Als unterschiedener Verfechter marktwirtschaftlicher Lehrmeinungen und Politiken kritisierte er bereits in den 1940er Jahren die Theorien von John Maynard Keynes und Nicholas Kaldor. In den 1950er Jahren arbeitete er unter anderem zusammen mit dem Chicago-Ökonomen Arnold C. Harberger in einer kleinen Forschungsabteilung des Internationalen Währungsfonds. Schon als IWF-Ökonom war Tsiang, „whose policy positions were far more market-oriented than was the intellectual fashion at the time“ (Williamson 1999), Berater der taiwanesischen Regierungen, was er bis in die 1970er Jahre bleiben sollte (Yu 1995: 5). Zudem war er nicht nur als Forscher, sondern auch als Dozent in den USA tätig. In dieser Funktion setzte er sich für eine stärkere internationale Vereinheitlichung und Standardisierung der Wirtschaftswissenschaften in Taiwan ein. Diese „Standardisierung“ wurde vor allem durch die Lehrpläne an den taiwanesischen Universitäten, über die Rekrutierung junger Intellektueller für Dissertations- und Forschungsprojekte sowie durch die Vermittlung von Studienaufenthalten an US-Universitäten erreicht (zu ähnlichen Entwicklungen in Mexiko vgl. Babb 2001: Kap. 5–7).

1975 und 1976 sorgte der Vorschlag, in Taiwan ein Regionaltreffen abzuhalten, für einige Unruhe in der *Mont Pèlerin Society* (Hartwell 1995: 173–176). Anhand des Konflikts kann die intellektuelle und strategische Ausrichtung der MPS sehr schön verdeutlicht werden. Als wichtiger Lobbyist für Taiwan unterstützte Edwin Feulner, Ausschussmitglied der MPS und Präsident der einflussreichen und finanzstarken *Heritage Foundation*, die Abhaltung dieses Treffens, auf dem die MPS jährlich die relevanten Probleme des Neoliberalismus diskutiert (Edwards 1997: 209). Allerdings gab es auch Zweifel im MPS-Ausschuss, die neben der geringen Mitgliederbasis vor allem die problematische politische Situation mit Japan (und den dortigen MPS-Mitgliedern) betrafen. Den Hintergrund dafür bildete der Austritt Taiwans aus der UNO im Jahre 1971, weil die von der Kuomintang kontrollierte Regierung nicht bereit war, mit der Volksrepublik China in der UN-Versammlung zu sitzen. Die UNO brach daraufhin die Beziehungen zu Taiwan ab und baute jene mit China auf. Auch die USA betrieben – vor dem Hintergrund der Auflösung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen – eine Annäherung an China. Dem Beispiel der UNO und der USA, die diplomatischen Beziehungen neu zu regeln, folgte auch Japan, was heftige Proteste in Taiwan nach sich zog. Milton Friedman, Mitbegründer der Chicago School of Economics und der MPS, brachte die Diskussion auf eine grundsätzliche Ebene. Implizit erinnerte er an die ursprüngliche Zielsetzung der MPS, wenn er betonte, „that we are not concerned with political considerations but only with basic philosophical ideas“ (Friedman an Ware, 11.12.1975, zit. in

Hartwell 1995: 174). Allfällige politische Rücksichten, sei es gegen außen oder gegen innen, seien für die MPS schädlich: „I can think of nothing which in the long run would do our basic mission more harm.“ (Ebd.) Gegen ein Treffen in Taiwan konnte für Friedman nur die geringe Mitgliederzahl sprechen, politische Erwägungen seien aus der MPS fern zu halten. Diese Stellungnahme bringt das Selbstverständnis der MPS auf den Punkt und verdeutlicht die politische Dimension, die in der Verfolgung einer „liberalen Utopie“ (Hayek) liegt: Das Ziel der MPS, das sich nach internen Konflikten Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre definitiv durchgesetzt hat, besteht in der Erforschung und Diskussion der im *Statement of Aims* umschriebenen Prinzipien und nicht in politischen Proklamationen. Schließlich wurde die Affäre durch den Vorschlag von Ralph Harris gelöst, das Regionaltreffen in Hong Kong abzuhalten, ohne dadurch die MPS-Mitglieder in Taiwan (und Japan) zu brüskieren.

Die MPS-Mitglieder aus Taiwan waren bis Anfang der 1990er Jahre vor allem an den Wirtschaftsfakultäten der Universitäten aktiv und sorgten in dieser Funktion für die Ausbildung und die Vermittlung ökonomischen Wissens. Ihre Aufgabe als professionelle Ökonomen sahen sie vor allem darin, zur Erarbeitung, Normierung und Durchsetzung dessen, was als „gültiges ökonomisches Wissen“ gilt, beizutragen – kurz, an der „Neoliberalisierung“ der Ökonomie zu arbeiten. Daneben erstellten sie „im eigenen Namen“, wie es in den Statuten der MPS festgehalten ist, auch Expertisen für die Regierung. Entgegen einer oberflächlichen Betrachtungsweise und ihrer eigenen Rhetorik handeln hier jedoch keine isolierten Individuen, sondern es agiert vielmehr ein Kollektiv von Individualisten.

Wie in vielen anderen Ländern, in denen MPS-Mitglieder aktiv sind, wurde auch in Taiwan die organisatorische Absicherung der Wissensproduktion, des Policy-Makings und des Agenda-Settings durch die Gründung von Think Tanks abgesichert. Es sind vor allem die persönlichen Beziehungen, wie sie im transnationalen Elitennetzwerk der MPS herausgebildet und gepflegt werden, die eine wichtige Ressource bilden, um jeweils gezielt die „Stimme der Experten“ in die öffentlichen und politischen Debatten einfließen zu lassen. Schon in den frühen Jahren ihres Bestehens war es ein Ziel von Hayek, neben einem „akademischen Club“, als den er die MPS verstand, auch Think Tanks zu etablieren, die darauf zielen sollten, die neoliberalen Ideen, Theorien und Konzepte an den Universitäten und bei politischen Entscheidungsträgern zu verankern. Die Notwendigkeit der Errichtung von Think Tanks wurde schon 1938 beim *Colloque Walter Lippmann* erkannt (vgl. Denord 2001). Hayek erläuterte 1947 dem Gründer des *Institute of Economic Affairs*, Anthony Fisher, die Bedeutung der *Fabian Society* bei der Durchsetzung und Stabilisierung sozialistischer Ideen in Großbritannien: „It was the dominant intellectuals from the Fabians onward who had tilted the political debate in favour of growing government intervention with all that followed. If I shared the view that better ideas were not getting a fair hearing, his counsel was that I should join with others in forming a scholarly research organisation to supply intellectuals in universities, schools,

journalism and broadcasting with authoritative studies of the economic theory of markets and its application to practical affairs." (Fisher 1974: 104) Der neureiche Unternehmer Fisher griff bei der Etablierung neuer Think Tanks auf das MPS-Netzwerk zurück. Vor allem nutzte er die Möglichkeit, die wissenschaftlichen Ausschüsse mit Mitgliedern aus der MPS zu besetzen, um dadurch der jeweiligen Organisation wissenschaftliche Reputation zu geben (vgl. Walpen 2002: Kap. 5).

3. Neoliberale Think Tanks in Taiwan

Die organisatorische Basis für gezielte Forschungsaktivitäten und Policy Making legte Tsing im Jahr 1981 mit der Gründung der *Chung-Hua Institution for Economic Research* (CIER, <http://www.cier.edu.tw/HTML/CIERL.HTM>). Bei der CIER handelt es sich nicht um den einzigen neoliberalen Think Tank in Taiwan. Das Institut konkurriert sich mit dem 1976 ins Leben gerufenen *Taiwan Institute of Economic Research* (TIER, bei dem Tsing allerdings als einer der Präsidenten fungierte (<http://www.tier.org.tw/english.htm>)). Weiters ist das *Taiwan Research Institute* (TRI, <http://www.taiwaninformation.org/>) zu nennen, das über wichtige internationale Verbindungen, beispielsweise zur *Heritage Foundation*, verfügt. Deren Studien nutzt das TRI, um mit dieser internationalen Stimme Politik zu machen. Im folgenden wird ausschließlich die CIER vorgestellt, weil es sich um den bedeutendsten taiwanesischen Think Tank handelt³.

Das Gründungsvermögen der CIER betrug etwa eine Milliarde taiwanesischer Dollar, was heute etwa 30 Millionen Euro entspricht; diese Summe stammte aus Schenkungen, teils von der Regierung, teils von führenden Geschäftskreisen und Unternehmerorganisationen in Taiwan. Die Beziehungen der CIER zum Staat lassen sich aber nicht nur auf der finanziellen Ebene ausmachen, sondern auch in der Besetzung des Ausschusses. Von den 15 Mitgliedern stammten im Jahr 2000 fünf Mitglieder aus Regierungskreisen, darunter ein Vertreter der Zentralbank und drei aus der Geschäftswelt. Die CIER kann darüber hinaus befristete Projekte von der Regierung akquirieren. Auf Grund der soliden Finanzbasis konnte die Organisation im großen Stil aufgebaut werden; im Jahr 1997 arbeiteten fast zwei Drittel der insgesamt 114 Angestellten im Forschungsbereich. Von Anfang an verstand sich die CIER als ein „government think tank“ resp. als ein „think tank to the government“: „For many years now, CIER has maintained its role as loyal advisor to the government, pointing out problems where they exist and maintaining amicable relations with government agencies. In the past, the government has often adopted or at least taken into consideration the recommendations made by the Institution, and even where there have been disagreements, these have been handled on the basis of mutual respect.“ (CIER 1998: 6, 9)

Diese Staatsnähe passt kaum in die Vorstellungen über den Neoliberalismus, wie sie in globalisierungskritischen Zusammenhängen vorherrschen sind.

Der Staat als solcher bildet im allgemeinen keine zentrale Frage für den Neoliberalismus; entscheidend ist vielmehr, welche Funktionen dieser ausübt und wie sein Verhältnis zum Markt ist (zur MPS und ihrem Verhältnis zum Staat in den 1950er Jahren vgl. Roth 2001).⁴

Innerhalb der CIER wurden zunächst drei Forschungsabteilungen geschaffen. *The Mainland China Division*, die repräsentativste der CIER, soll Forschungsergebnisse sowohl für die Regierung als auch für die Privatwirtschaft erarbeiten und einen Austausch internationaler akademischer Aktivitäten befördern. Die zweite Abteilung, die *International Division*, stellt regionale Studien (zu Nordamerika, Lateinamerika, Europa, Osteuropa, Südostasien, Australien u.a.m.), Arbeiten zu internationalen Organisationen (WTO, APEC/Asia-Pacific Economic Cooperation, OECD) oder zu spezifischen Themen (wie internationaler Handel, Finanzen, Wechselkurse, ökonomische Entwicklung) bereit. Seit 1994 liegt ein wichtiger Schwerpunkt auf der Analyse der Auswirkungen von NAFTA, des Nordatlantischen Freihandelsabkommens zwischen den USA, Kanada und Mexiko. *The Taiwan Division* schließlich deckt mit ihren acht Unterabteilungen die Bereiche Makroökonomie, Währung und Finanzen, Steuern, ökonomische Entwicklung, Industrieökonomie und soziale Wohlfahrt ab. Die mit staatlichen Geldern aufgebaute CIER betreibt in ihrer Taiwan-Abteilung auch Forschungen zur Privatisierung von Staatsunternehmen. 1992 wurde das Institut durch zwei Zentren erweitert. Das *Center for Energy and Environmental Studies* bündelt die Forschungen zum Energiesektor, der Umweltökonomie und zu den Regulierungsmaßnahmen der Regierung. Das *Center for Economic Forecasting* soll auf Basis statistischer Daten künftige Entwicklungen prognostizieren. Dieses Zentrum arbeitet den Abteilungen und dem Zentrum für Energie und Umwelt zu und liefert ihnen entsprechende Modelle und Berechnungen.

Der Schwerpunkt des gesamten Think Tanks liegt nicht auf theoretischer Grundlagenarbeit, sondern auf anwendungsorientierter und politikrelevanter Forschung. Die CIER beansprucht für sich, die Übersetzungsarbeit von wissenschaftlichem in politikrelevantes Wissen zu leisten. Die Praxisrelevanz zeigt sich in den Forschungsabteilungen und den Zentren, die vor allem Entscheidungshilfen und Politikberatung bereitstellen. So wurden beispielsweise die Grundlagen für ein taiwanesisches Engagement in GATT/WTO erarbeitet, oder es werden für die taiwanische Privatwirtschaft die ökonomischen Entwicklungen in China kontinuierlich beobachtet und ausgewertet. Im Gefolge der Finanzkrise in Südostasien 1997 widmete sich das Institut den Auswirkungen für Taiwan. Die CIER rühmt sich darüber hinaus, in den 21 Jahren ihres Bestehens sehr aktiv im „Rekrutieren von Talenten“ gewesen zu sein (CIER 1998: 3).

Die Forschungsergebnisse sollen aber auch in die Universitäten einfließen, was über die Forscher beim CIER selber erfolgt: „Most of CIER's researchers also hold posts as professors or associate professors in universities throughout Taiwan, supervising Ph.D. and Master degree theses; in this way they are able to cultivate talented individuals.“ (CIER 1998: 1) Wissenstransfer, Umarbeitung marktkritischen Wissens und schließlich Wissensdistribution werden als klare

politische Ziele benannt. Dabei wird aber nicht „blind“ und „ökonomistisch“ geforscht, sondern das ökonomische Feld durchaus in den konkreten Artikulationen wahrgenommen: Forschung habe interdisziplinär zu erfolgen und auf regionale Besonderheiten abzustellen. In nationalen und internationalen Tagungen und Seminaren werden deshalb entsprechende Fragestellungen, wie etwa das Verhältnis von Konfuzianismus und wirtschaftlicher Entwicklung, diskutiert (Yu/Lee 1995b).

Die CIER definiert sich als „neutral“ und „unabhängig“ und reklamiert für sich, keine Sonderinteressen zu verfolgen, sondern die „Grundlagen objektiven Wissens“ anzubieten: „[The enriching of the foundations of theory] is the most fundamental task for any institution hoping to establish itself as a respected, independent and non-partisan think tank. CIER's research personnel must spare no efforts in consolidating and deepening their grasp of basic concepts, for example in becoming bastions of free-market economics. This is an objective which our research personnel ought to persist in achieving, and which will require a constant strengthening of theoretical knowledge.“ (CIER 1998: 20 f.) „Garantiert“ wird dies durch die Einbindung in den internationalen wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs. Internationale Seminare werden organisiert und ausländische Wissenschaftler an der CIER beschäftigt, umgekehrt arbeiten Forscher der CIER an ausländischen, vorzugsweise US-amerikanischen Forschungseinrichtungen und Universitäten. Anhand der globalen Organisation neoliberaler WissenschaftlerInnen an Universitäten, privaten Organisationen und Think Tanks wird ersichtlich, wie die als „exakte und objektive Wissenschaft“ beschworene neoliberale ökonomische Theorie diskursiv produziert wird und in den nationalen oder regionalen Kontexten erprobt, entsprechend korrigiert und weiterentwickelt wird. Wenn laut Selbstbeschreibung die Forschungsergebnisse dabei helfen sollen, die Richtung der politischen Entscheidungen von Regierung und Wirtschaftskreisen zu beeinflussen, wird zugleich deutlich, was die CIER-Forscher unter „suitable policies“ verstehen, die sie der Regierung empfehlen: Auch wenn die CIER eng mit der taiwanesischen Regierung zusammen arbeitet, bedeutet das nicht, dass eine wie auch immer geartete interventionistische Wirtschaftspolitik verfolgt wird; es werden vielmehr „neutrale“ und „objektive“ marktwirtschaftliche Erkenntnisse in politisch relevante Vorschläge übersetzt.

Auf Grund seines internationalen Beziehungsnetzes war es vor allem Tsang, der die Kontakte zur akademischen Welt und zu den neoliberalen intellektuellen erfolgreich wahrgenommen hatte. Da nicht alle an der CIER beschäftigten Intellektuellen über gleichwertige Verbindungen verfügen, bedeutete sein Tod eine Schwächung der internationalen Kontakte, wie die interviewten Personen feststellten. Gerade die kleineren Think Tanks und jene an den „Rändern“ sind zur Erlangung von Renommee auf Zugänge zu den transnationalen Netzwerken von Intellektuellen und Think Tanks angewiesen. Inzwischen bietet die *Atlas Economic Research Foundation* eine im Internet zugängliche, datenbankgestützte Vernetzung der neoliberalen Think Tanks. Die 1981 auf Initiative des Unternehmers Antony Fisher gegründete *Atlas Foundation* ([3/2002](http://www.atlas-</p>
</div>
<div data-bbox=)

fdn.org) fungiert als Think Tank, der die neoliberalen Think Tanks vernetzt und bei Neugründungen Starthilfe geben soll (vgl. ausführlicher Walpen 2002: Kap. V.1.). In speziellen Seminaren werden die Erfahrungen unterschiedlicher Think Tanks ausgetauscht (Cockett 1995: 307f.). Nach dem ehemaligen Präsidenten von *Atlas*, dem MPS-Mitglied und gegenwärtigen Präsidenten des *Institute of Economic Affairs* (IEA), John Blundell, sei es die Aufgabe von *Atlas*, „die Welt mit Think Tanks zur freien Marktwirtschaft zu verschmutzen“ (zit. in Cockett: 307). Neben dem CIER ist auch das TIER in die *Atlas Foundation* eingebunden.

4. Schlussfolgerungen für eine Forschungsagenda

Ziel des Beitrags war es, einen ersten Zugang zur Analyse neoliberaler Wissensausbreitung in Taiwan zu geben. Es sollte gezeigt werden, wie neoliberale Wissensproduktion auf globaler Ebene in einer „transnationalen Diskursgemeinschaft“ (Bislev et al. 2002) erfolgt, die in diesem Fall ihren Stützpunkt in der *Mont Pèlerin Society* hat. Zugleich bedarf es aber auch deren Verankerung in (regionalen und nationalen) Kontexten. Auch hierbei kommt den transnationalen Netzwerken eine zentrale Rolle zu, indem sie nationale Think Tanks und neoliberale Intellektuelle in die Diskursgemeinschaft einbeziehen. Insbesondere das Personennetzwerk der MPS und das Think Tank-Netzwerk der *Atlas Foundation* stellen auf unterschiedlichen Ebenen die notwendigen organisatorischen Grundlagen für ein effektives „Networking“ bereit.

Die CIER in Taiwan ist deshalb interessant, weil der Think Tank auf den ersten Blick gegen die staatskritische oder gar staatsfeindliche Haltung zahlreicher Think Tanks in den USA und in Großbritannien verstößt⁵, andererseits sind es gerade die enge Beziehung zur taiwanesischen Regierung und das Insistieren auf „wissenschaftlicher Objektivität“, die zu einem fortgesetzten neoliberalen Einfluss auf die Regierung führ(t)en. Die CIER verfolgt dabei keine plakative Lobbypolitik, sondern nimmt über gezielte Forschung und Projektarbeit Einfluss. International geteiltes und anerkanntes Wissen, das diskursiv erzeugt wird, garantiert einerseits einen entsprechenden – als „objektiv“ bezeichneten – Standard und wird andererseits an konkreten Problemstellungen erprobt.

Die Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus, der ausgehend von den Prinzipien Markt, Wettbewerb und freiem Unternehmertum vielfältige inhaltliche Ausformungen zeitigt und insofern als plural zu verstehen ist (Plehwé/Walpen 1999: 206), sieht sich unablässig mit der Problematik von Allgemeinem und Besonderem konfrontiert. Der Neoliberalismus bildet seit seiner Entstehung Ende der 1930er Jahre eine Weltanschauung heraus, die Universalität beansprucht. Die neoliberalen Intellektuellen versuchen ihre Prinzipien ideologisch in der Form der „Ordnung“ durchzusetzen („Ordo“ als juristische und staatliche Wettbewerbsordnung; die Herrschaft des Rechts als „Rule of Law“, ein auf Ordnungsaufgaben begrenzter Staat etc.). Damit soll ein allgemein gültiges Ordnungssystem für eine Globalgesellschaft entstehen. Die Realisierung dieser

„Ordnung“ erfolgt jeweils konkret in nationalen, supra- und internationalen Kontexten und innerhalb bestimmter, verdichteter Kräfteverhältnisse. Auch die vorliegende Fallstudie sollte vor allem das Besondere der neoliberalen Konstellation aufzeigen. Der Neoliberalismus zeichnet sich durch diese vertrackte interne Prozessform aus, die den Wechsel zwischen Allgemeinem und Besonderem ideologisch und diskursiv nutzt. Was aus der Besonderheit der Fallstudien als Schluss gezogen werden kann, ist der Versuch, die Durchmarkung („marketization“) von Staat und Gesellschaft zu intensivieren. In diesem Sinne kann von einem *Universalismus des Partikularen* gesprochen werden.

Inzwischen mehrten sich die Arbeiten, die die Problematik des Neoliberalismus in Bezug auf die individuelle und kollektive Akteursebene sowie die Diskursproduktion analysieren (vgl. die methodischen Arbeiten von Peter A. Hall 1993 und Marion Fourcade-Gourinchas 2001). Beide Zugänge können für die konkrete Analyse der hegemonialen Verankerung produktiv gemacht werden. In weiteren Forschungen wären nicht nur die diesbezüglichen Verhältnisse in Taiwan genauer zu untersuchen, sondern zahlreiche weitere Länderstudien notwendig, um fundiert die Ausbreitung neoliberalen Wissens aufzeigen zu können (vgl. beispielsweise Jane Kelsey 1995 zu Neuseeland; Sarah Babb 2001 zu Mexiko). Für kritische Forschung im Bereich der Entwicklungspolitik legen die bisherigen Arbeiten den Schluss nahe, dass auf Grund der Verankerung des Neoliberalismus in den „Schützengräben“, gerade auch in den Ländern der Peripherie, eine Überwindung der marktradikalen Politiken kurzfristig nicht zu erwarten ist.

Die neoliberalen Hegemonieapparate wirken in widersprüchlichen und umkämpften gesellschaftlichen Verhältnissen. Mit der zunehmenden Lockerung des drakonischen Regimes der Kuomintang entwickelte sich in Taiwan der Bereich der Zivilgesellschaft. Insbesondere in den 1990er Jahren vervielfältigten sich zivilgesellschaftlichen Organisationen; auch Gewerkschaften und soziale Bewegungen konnten zunehmend ihre Anliegen und Interessen artikulieren, so dass die neoliberalen Think Tanks sich in einem stärker umkämpften Feld bewegen. Chan Hou-Sheng und Yang Ying zeigen in ihrer Studie zur sozialen Wohlfahrt in Taiwan die Zunahme der Forschungsorganisationen und Stiftungen sowie deren Bedeutung für die Politik: „The reports of policies introduced by these organizations [various foundations and policy research centers] concerning government-instituted social welfare policies have been very influential.“ (Hou-Sheng/Ying 2001: 166) Think Tanks und Netzwerke wirken, aber sie wirken in einem bestimmten Bereich und in entsprechenden Konstellationen, die von den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen abhängig sind. Entscheidend für die Beurteilung der konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse bleibt die Artikulation der unterschiedlichen sozialen Kräfte.

Abstracts

The author examines the working of transnational think tanks and their ideological apparatus (Gramsci) and focuses on the emergence of neoliberal political knowledge, worked out in the field of social science, economics and philosophy, that supported the rise of neoliberalism. Based on Gramscian investigations on hegemony and civil society the contribution examines, how neoliberal knowledge manifested itself in Taiwan since the 1950s. The article concentrates on intellectuals who are active in transnational networks like the Mont Pèlerin Society (MPS) and/or in think tanks and foundations. The significance of individual MPS members as well as an important neoliberal think tank of Taiwan are analysed. How transnational shared and recognized dominant economic knowledge is translated into national contexts by neoliberal think tanks is exemplary scrutinized.

Der Autor setzt sich mit transnationalen Elitenetzwerken und ihren ideologischen Apparaten auseinander und thematisiert die Bedeutung neoliberalen sozialwissenschaftlichen und politischen Wissens für den Aufstieg des Neoliberalismus. Gestützt auf Gramscis Untersuchungen zu Hegemonie und Zivilgesellschaft wird am Beispiel Taiwan dargelegt, wie dort ab den 1950er Jahren die Ausbreitung neoliberalen Wissens erfolgte. Dabei liegt der Fokus auf den bislang wenig beachteten intellektuellen, die in transnationalen Netzwerken wie der Mont Pèlerin Society (MPS) und/oder in Think Tanks und Stiftungen aktiv sind. Die Wirkungsweise einzelner MPS-Mitglieder und ein einflussreicher neoliberaler Think Tank Taiwans werden analysiert. Es wird beispielhaft gezeigt, wie transnational geteilte und dominante ökonomische Lehrmeinungen über neoliberale Think Tanks in den taiwanesischen Kontext eingeführt wurden.

Anmerkungen

- 1 Mein Dank geht an Lorenz Schelbert in Taipei. Dank ihm war es mir überhaupt möglich, mich in Taiwan zurecht zu finden. Er hat mir auch einen Teil der südostasiatischen Geschichte und Kultur näher gebracht. Erst dort habe ich verstanden, was Eurozentrismus bedeutet.
- 2 Mit Bezug auf Gramsci bilden Think Tanks im High-Tech-Kapitalismus Hegemonieapparate. Als solche nehmen sie innerhalb des erweiterten Staates in der Zivilgesellschaft die Funktion wahr, für Expertenwissen und Beratung zu sorgen. Das erfolgt „durch die individuelle, private Initiative“ (Gramsci, Gef. H. 1, § 44: 102). Die Frage der Finanzierung – ob privatwirtschaftlich, staatlich oder ein Mix von beidem – spielt dabei mehr eine weltanschauliche Rolle. Entscheidend bleibt, dass es sich in den meisten Fällen nicht um staatliche Auftragsforschung handelt, was nicht bedeutet, dass ab und zu ein solcher Auftrag angenommen werden kann. In der mittlerweile breiten Literatur zu Think Tanks wird zwischen den „advocacy think tanks“ und jenen, die auf „reine“ wissenschaftliche Expertise orientiert sind, unterschieden. Diese Unterscheidung ist jedoch insofern problematisch, als auch die wissenschaftliche Ausrichtung dezidiert an entsprechende weltanschauliche Grundannahmen (seien es neoliberale, sozialdemokratische „Dritte Wege“ oder andere) orientiert sind. Gegenüber Netzwerken und wissenschaftlichen Gesellschaften zeichnen sich Think Tanks durch einen umfassenden organisatorischen Apparat aus,

der neben der Distribution der Produkte auch für Public Relation und Lobbying verantwortlich ist. Historisch haben vor allem neoliberale Kräfte die Think Tanks als neuartige Organisationen durchgesetzt. Inzwischen haben längst auch die anderen sozialen Kräfte mit der Errichtung eigener Think Tanks begonnen. Es ist gerade im deutschsprachigen Raum wichtig zu betonen, dass es sich bei der Zivilgesellschaft (*societas civilis*), wie sie Gramsci als analytisches Instrumentarium braucht, nicht um eine herrschaftsfreie „Spielwiese“ handelt, sondern dass der Bereich des Zivilgesellschaftlichen, der einen Teilbereich des Staates bildet, umkämpft ist (vgl. Buttigieg 1994). Die Errichtung und Verankerung der Think Tanks durch die Neoliberalen hat in diesem Sinne zu einer Ausweitung und Reartikulation des Zivilgesellschaftlichen geführt. Auch wenn die Neoliberalen nach wie vor über Think Tanks großen Einfluss erzielen, ist dieser Bereich umkämpft: Expertenwissen wird von allen sozialen Kräften inzwischen im Bereich der „privaten Initiative“ bereitgestellt und organisiert.

3 Die folgenden Ausführungen basieren auf den im Mai 2000 durchgeführten Interviews mit dem Präsidenten Chao-Cheng Mai und Mitarbeitern der CIER sowie auf Materialien, die die CIER zur Verfügung stellte (CIER o.J., 1998).

4 Innerhalb der MPS und des Neoliberalismus gibt es nicht eine Staatsauffassung, sondern die Ansichten reichen von radikaler Staatskritik bis zu weitreichenden Interventionsmöglichkeiten, auch im Bereich der Ökonomie. Dazwischen findet sich eine ganze Palette von Anschauungen. Es war gerade die Staatsfrage, die bei der Gründung der MPS am umstrittensten war. Der britische Ökonom Lionel Robbins, der für die Ablassung des *Statement of Aims* der MPS verantwortlich zeichnete, fand dafür eine geschickt gewählte „Eingangsformel“: Es ging und geht um die „redefinition of the functions of the state“ (zit. Hartwell 1995: 41). Mit dieser Formulierung gelang es, so gegensätzliche Denker wie Ludwig von Mises und Alexander Rüstow zur Zustimmung zum gleichen Programm zu bringen. Bei allen MPS-Mitgliedern ist aber unbestritten, dass Marktorientierung, Wettbewerb und freies Unternehmertum grundlegend für eine „freie Gesellschaft“ seien. Auch diejenigen, die sich für umfassendere Staatsaktivitäten in ihrem Konzept des „starken Staates“ aussprachen, blieben staatskritisch. Die Zurückweisung von Staatsinterventionen ist nur in den selteneren Fällen mit einer Ablehnung des Staates verknüpft, insbesondere bei den Vertretern des „libertarianism“.

5 In den USA wie in Großbritannien zeichnen sich die meisten neoliberalen Think Tanks dadurch aus, dass sie die Annahme von Regierungsgeldern ablehnen. Die Einwirkung auf Regierung und Staat (stellen) erfolgt aus einer staatskritischen Haltung heraus.

Literatur

- Aspaller, Christian, Hg. 2001. *Understanding Modern Taiwan. Essays in Economics, Politics and Social Policy*. Aldershot: Ashgate.
- Babb, Sarah. 2001. *Managing Mexico. Economists from Nationalism to Neoliberalism*. Princeton: Princeton University Press.
- Bislev, Sven, Dorte Salskov-Iversen, Hans Krause Hansen. 2002. „The Global Diffusion of Managerialism: Transnational Discourse Communities at Work“. *Global Society*, Bd. 16, Nr. 2 (2002), 199–212.
- Buttigieg, Joseph A. 1994. „Gramscis Zivilgesellschaft und die civil-society-Debatte“. *Das Argument*, Bd. 36, Nr. 206 (1994), 529–554.
- CIER [Chung-Hua Institution for Economic Research]. 1998. *Vision and Developmental Strategies of CIER*. Taiwan: CIER.
- CIER. o.J. *A Brief Introduction of the Chung-Hua Institution for Economic Research*. Taiwan: CIER.
- Cockett, Richard. 1995. *Thinking the Unthinkable. Think-Tanks and the Economic Counter-Revolution 1931–1983*. London: Harper Collins.

- Cohen, Marc J. 1988. *Taiwan at the Crossroads. Human Rights, Political Development and Social Change on the Beautiful Island*. Washington, DC: Asia Resource Center.
- Denord, François. 2001. „Aux origines du néo-libéralisme en France. Louis Rougier et le Colloque Walter Lippmann de 1938.“ *Le Mouvement Social*, Nr. 195 (2001), 9–34.
- Edwards, Lee. 1997. *The Power of Ideas. The Heritage Foundation at 25 Years*. Ottawa, Illinois: Jameson Books.
- Fields, Karl J. 1995. *Enterprise and the State in Korea and Taiwan*. Ithaca-London: Cornell University Press.
- Fisher, Anthony. 1974. *Must History Repeat Itself? A Study of the Lessons Taught by the (Repeated) Failure and (Occasional) Success of Government Economic Policy through the Ages*. Enfield: Churchill Press.
- Fourcade-Gourinchas, Marion. 2001. „Politics, Institutional Structures and the Rise of Economics: A Comparative Study.“ *Theory and Society*, Bd. 30, Nr. 3 (2001), 397–447.
- Gramsci, Antonio. 1991–1999. *Gefängnishefte (= Gef)*. Hg. Klaus Bochmann/Wolfgang Fritz Haug/Peter Jehle, Bd. 1–9, Berlin/Hamburg: Argument Verlag.
- Hall, Peter A. 1989. *Conclusion: The Politics of Keynesian Ideas*. In: *The Political Power of Economic Ideas: Keynesianism across Nations*, Hg. Peter Hall, Princeton: Princeton University Press, 361–392.
- Hall, Peter A. 1993. „Policy Paradigms, Social Learning, and the State. The Case of Economic Policymaking in Britain“ *Comparative Politics*, Bd. 25, Nr. 3 (1993), 275–296.
- Hartwell, R. Max. 1995. *A History of the Mont Pèlerin Society*. Indianapolis: Liberty Press.
- Haug, Wolfgang Fritz. 2001. *Die Produktionsweise denken. In: Flexibler Kapitalismus. Analyse, Kritik und politische Praxis. Frank Deppe zum 60. Geburtstag*, Hg. Hans-Jürgen Bieling/Klaus Dörre/Jochen Steinilber/Hans-Jürgen Urban, Hamburg: VSA-Verlag, 36–53.
- Heinrich, Michael. 1999. *Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Hou-Sheng, Chan, Yang Ying. 2001. *The Development of Social Welfare in Taiwan*. In: *Understanding Modern Taiwan. Essays in Economics, Politics and Social Policy*, Hg. Christian Aspaller, Aldershot: Ashgate, 149–167.
- Hsing, Mo-huan. 1995. *Professor S. C. Tsiang's Views on Economic Policies in Taiwan*. In: S. C. Tsiang. *His Contribution to Economic Theory*, Hg. Tzong-shian Yu/Joseph S. Lee, Taipei, 59–82.
- Hwang, Y. Dolly. 1991. *The Rise of a New World Economic Power: Postwar Taiwan*. Westport, Conn.: Greenwood Press.
- James, Harold. 1997. *Rambouillet, 15. November 1975. Die Globalisierung der Wirtschaft*. München: dtv.
- Kelsey, Jane. 1995. *Economic Fundamentalism*. London: Pluto Press.
- Plehwé, Dieter, Bernhard Walpen. 1998. *Eine „Art von internationaler fünfter Kolonne des Liberalismus“: Die Bedeutung der Mont-Pèlerin-Society für den marktradikalen Neoliberalismus*. In: *Ungleichheit als Projekt. Globalisierung – Standort – Neoliberalismus*, Hg. Regina Stötzl, Marburg: BdWi-Verlag, 367–380.
- Plehwé, Dieter, Bernhard Walpen. 1999. „Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung.“ *Prokla*, Bd. 29, Nr. 115 (1999), 203–235.
- Roth, Karl Heinz. 2001. „Klienten des Leviathan: Die Mont Pèlerin Society und das Bundeswirtschaftsministerium in den fünfziger Jahren.“ 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*, Bd. 16, Nr. 2 (2001), 13–41.

Wade, Robert. 1993. „Managing Trade, Taiwan and South Korea as Challenges to Economics and Political Science.“ *Comparative Politics*, Bd. 25, Nr. 2 (1993), 147–167.

Walpen, Bernhard. 2000. „Von Igel und Hasen oder: Ein Blick auf den Neoliberalismus.“ *UTOPIE kreativ*, Nr. 121/122 (2000), 1066–1079.

Walpen, Bernhard. 2002. „Der Plan, das Planen zu beenden.“ *Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society* (Unveröffentlichte Arbeit).

Williamson, John. 1999. „Economic Reform: Content, Progress, Prospects.“ Paper presented at the 50th anniversary celebration of the University of Baroda, 23 November 1999, <http://www.iie.com/papers/williamson1199.htm>, 20. Juni 2002.

Yu, Tzong-shian, Joseph S. Lee, Hg. 1995a. S. C. Tsiang. *His Contribution to Economic Theory*. Taipei: CIER.

Yu, Tzong-shian, Joseph S. Lee, Hg. 1995b. *Confucianism and Economic Development*. Taipei: CIER.

Bernhard Walpen, *Bethlehem Mission Immensee*
Research Department, Social Sciences and Economics,
CH-6405 Immensee
e-mail: bwalpen@romerohaus.ch

Journal für Entwicklungspolitik XVIII/3, 2002, S. 225–248

Karin Fischer Neoliberale Transformation in Chile Zur Rolle der ökonomischen und intellektuellen Eliten

Die neoliberale Transformation verlief in Chile frühzeitig und unter besonders gewaltsamen Bedingungen. Die im Gefolge des Militärputsches ab 1975 durchgesetzten Umstrukturierungen zählten weltweit zu den ersten, bei denen neoliberale Vorstellungen von Wirtschaft und Gesellschaft weitreichend umgesetzt wurden. Eine wichtige Rolle bei dieser Transformation spielte eine Gruppe marktradikaler Ökonomen, die sog. Chicago Boys. Den zur intellektuellen Staatselite aufgestiegenen neoliberalen Vordenkern wurde auf Einladung von Pinochet ein optimales Experimentierfeld geboten, noch bevor deren Lehrmeinungen mit dem Regierungsantritt von Margaret Thatcher in Großbritannien 1979 und von Ronald Reagan in den USA 1980 zur offiziellen Staatsdoktrin wurden.

Der radikale Bruch mit den politischen und institutionellen Arrangements der vorangegangenen vier Jahrzehnte war nur unter autoritären Bedingungen möglich, denn die sozialen Kosten der neoliberalen Strukturanpassung wären unter demokratischen Bedingungen wohl kaum zu verarbeiten gewesen. Die tiefe Krise des politischen Systems und der repressive Rahmen allein erklären jedoch nicht die relative Stabilität der chilenischen Militärregierung. Voraussetzung dafür war zum einen die Unterstützung der gesellschaftlich dominanten (Unternehmer-)Sektoren, die – bis weit in die Mittelschichten hinein – die soziale Basis des Regimes bildeten. Zum anderen bedurfte es der Entfaltung eines machtvollen neoliberalen Diskurses, um die Transformation als „revolutionäres Projekt“ in der Gesellschaft zu verankern. Die diskursiv-ideologischen Praktiken des Regimes bewirkten einen weitreichenden Wandel in der Orientierung breiter Teile der Bevölkerung und der Opposition, einen Mentalitätswandel, der auch nach dem 1990 vollzogenen Übergang zur Demokratie fortwirkt und neoliberalen Prinzipien eine anhaltende Wirkungsmacht in der Gesellschaft sichert.

Um die breite Unterstützung für die vom Militärregime durchgesetzte autoritäre Modernisierung zu begründen, wird in einem ersten Schritt die Entwicklung der chilenischen Wirtschaftseliten nachgezeichnet. In einem zweiten Schritt wird gezeigt, auf welche Weise Staatsführung, intellektuelle und Technokraten (im Verbund mit Medien) zusammenwirkten, um die Gesellschaft systematisch marktförmig zu machen.

1. Elitenbildung und Klassenbündnisse in Chile

Betrachtet man die sozioökonomische Entwicklung Chiles seit der großen Weltwirtschaftskrise, so stechen insbesondere zwei Phänomene heraus, die für